Berichtsvorlage
Ref.IV/034/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Bildungsausschuss (ehemals Schulausschuss)	26.11.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Aktueller Stand zur Umsetzung des Rechtsanspurchs im Grundschulalter im Schuljahr 2026/2027

Bericht:

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Rechtsanspruchs im Grundschulalter im Schuljahr 2026/2027. Im Bericht wird die aktuelle Versorgungslage sowie die Umsetzung der Ferienbetreuung unter Schulaufsicht dargestellt. Ergänzend wird über die Förderung aus Bundesmitteln im Investitionsbereich und bei den Betriebskosten berichtet. Abschließend werden die aktuellen Entwicklungen bei Kombieinrichtungen und Kooperativer Ganztagbildung vorgestellt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Ziel ist die Teilhabe von Kinder an Bildungs- und Betreuungsangeboten unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Teilhabe am Erwerbsleben.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Ref. V**

☐

☐